Wissenschaft

Demokratien im Kreuzfeuer
Das Zeitalter des Xi Jinping

Wie Chinas Selbstbewusstsein die westlichen Demokratien herausfordert

Von Christoph David Piorkowski

Seit Russlands Überfall auf die Ukraine wirken die Öffentlichkeiten des Westens, als seien sie aus einem geopolitischen Schlummer erwacht. Vermehrt wird ein Konflikt der Systeme diskutiert, eine weltumspannende Konfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus. Ganz oben auf der Liste autokratischer Staaten, die die liberaldemokratischen Gesellschaften unter Druck setzen, steht China. Dabei ist die vermeintliche Herausforderung durch das „chinesische Modell“ schon seit längerem Thema – nicht erst, seit man durch das Beispiel Ukraine mehr und mehr auch um Taiwan besorgt ist. Zumindest bis zu Xis Null-Covid-Desaster äußerten westliche Politiker:innen zuweilen Sorgen vor der wachsenden Attraktivität einer hybriden polit-ökonomischen Struktur: Der chinesische Parteistaatskapitalismus, politisch repressiv, doch ökonomisch erfolgreich, inszenierte sich als hochpotente Alternative zur im Sinkflug befindlichen Demokratie. Der alte Mythos des Liberalismus, die Markwirtschaft bringe freie Bürger hervor, schien durch China als solcher entlarvt. Man staunte: die Einführung wirtschaftlicher Freiheiten im Land, brachte keine politischen Freiheiten hervor – und volkswirtschaftliche Prosperität kann auch in Autokratien gelingen.

Wie funktioniert das System der Volksrepublik – gibt es überhaupt ein „chinesisches Modell“ als Gegenprojekt zur liberalen Ordnung? Was hat sich unter Xi Jinpings Herrschaft verändert, auch im Verhältnis zur westlichen Welt? Und wie steht die chinesische Gesellschaft zum Regime?

Nachdem die Zweite Führungsgeneration der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) nach Maos Tod die Macht übernommen hatte, brachte Deng Xiaoping das Land ab 1979 auf einen wirtschaftlichen Liberalisierungskurs. Stück für Stück wurde ein privatwirtschaftliches Unternehmertum in ein an Stalin orientiertes System implementiert. Anders als in Russland, wo die Planwirtschaft in den 1990er-Jahren durch einen neoliberalen Kapitalismus abgelöst wurde, entstand in China ein hybrides System.

Wohlstand durch Öffnung

„Man experimentierte mit marktwirtschaftlichen Elementen, der politisch illiberale Parteistaat aber blieb unangetastet“, sagt der Sinologe Klaus Mühlhahn, Autor des Standardwerks „Geschichte des modernen China“. Während ein Großteil der Menschen in Russland nach dem Ende der UdSSR verarmte, brachte die Reform- und Öffnungspolitik in China immer mehr Wohlstand hervor.

Eine krasse Spreizung der Vermögen jedoch habe es auch in China gegeben, sagt Mühlhahn. Zudem sei der Aufstieg der Volksrepublik nur durch massive Ausbeutung und katastrophal schlechte Arbeitsbedingungen möglich gewesen.

> *Es gibt Anzeichen dafür, dass der implizite Vertrag von Führung und Volk – das Versprechen auf Wachstum gegen den Verzicht auf Bürgerrechte, brüchig wird.*
>
> **Genia Kostka**, Sinologin am DFG-Exzellenzcluster SCRIPTS

Könnte das „chinesische Modell“ indessen anderen Autokraten als Vorbild dienen? „Ich bin nicht sicher, ob es überhaupt ein chinesisches Modell gibt, oder ob es sich dabei um eine westliche Projektion handelt“, sagt Mühlhahn. Der Unterschied zu anderen autokratischen Systemen sei vor allem die weitreichende Macht der Partei. Auch Mark Hallerberg, Professor für Public Management und Political Economy an der Hertie School of Governance in Berlin, glaubt nicht, dass Chinas Modell zum Exportschlager taugt. „Andere autokratische Regime haben keine derart ausgeprägten staatlichen Machtressourcen“.

Der Arm der kommunistischen Partei reicht weit, sie durchwurzelt die gesamte Gesellschaft, ist in jeder Schule und Nachbarschaft präsent, und zusehends mehr auch in privaten Unternehmen. „Wenn man sich auf einen Begriff für das polit-ökonomische System Chinas festlegen möchte, würde ich von einem parteistaatlichen Kapitalismus sprechen“, sagt Genia Kostka, Professorin für chinesische Politik an der FU Berlin. Zwar existiere in der Volksrepublik nach wie vor ein marxistischer Überbau. Das wichtigste Ziel der KPCh aber sei ihr eigener Machterhalt. Maßgeblich sei also vor allem Pragmatismus. Man übernehme, was man brauche und übertrage es in den chinesischen Kontext.

Letztlich ist das chinesische Modell ein zusammengesetztes System, in dem sich Prinzipien des Kapitalismus mit marxistisch-leninistischen Ideologiefragmenten und Resten altchinesischer Institutionen zu etwas Eigenem amalgamieren. „China ist eine Klebebild, eine Institutionen-Collage“, sagt Mühlhahn.

Rückbesinnung auf Tradition

Die eigene Geschichte sei für die Chinesen dabei lange kaum von Bedeutung gewesen. Nachdem das Kaiserreich der Qing-Dynastie im frühen 20. Jahrhundert kollabiert war, dominierten in China die Erneuerungsdiskurse. Sun Yatsen, der 1912 zum ersten Ministerpräsidenten der Republik China avancierte, nannte sein Land gar „ein unbeschriebenes Blatt“. „Man erwartete wenig von der eigenen Tradition“, sagt Mühlhahn. Das galt sowohl für das bürgerliche Lager der Kuomintang, das die Republik China nach der Niederlage gegen Mao ab 1949 im taiwanischen Exil fortführte, als auch für die im Zeichen des Marxismus stehende neugegründete Volksrepublik.

Heute aber ist die Geschichte in China ein zentraler Bezugspunkt der Identität. „Nachdem das Land im Anschluss an das Massaker von Tiananmen im Jahr 1989 international isoliert war, wurde der Bezug aufs Eigene und Angestammte in China immer wichtiger“, sagt Mühlhahn. Ein Prozess, der sich mit der Machtübernahme von XI

© Alexandra Mirzoyan für den Tagesspiegel

Probier's mal mit Freundlichkeit
Wieso Menschen nicht öfter nett zueinander sind

Jetzt lesen – Exklusiv für Abonnenten

Die Abgrenzungsrhetorik gegenüber dem Liberalismus des Westens hat sich in Xi Jinpings China verstärkt.

Jinping im Jahr 2012 nochmal verstärkt habe. Heute gibt es in China einen stark ausgeprägten Nationalismus und einen positiveren Rückbezug auf die eigene Tradition. „Im Stadtbild prangen überall konfuzianische Slogans, das wäre noch vor kurzem undenkbar gewesen", sagt der Sinologe. In der Ikonographie werde eine Anknüpfung ans Kaisertum deutlich. Xi, der sich lange Zeit händeschüttelnd gab, werde heute weniger volksnah inszeniert, entrückter, ja kaiserlicher, sagt Mühlhahn.

Genia Kostka hält fest, dass sich Xi, anders als seine Vorgänger, unbedingt zur eigenen Marke machen und ein neues Zeitalter einläuten wolle. „Zum Beispiel erklärt er, dass noch in seiner Amtszeit Taiwan nach Hause geholt werden solle." So präsentiere sich China heute weit selbstbewusster als in der Vergangenheit. Die „Neue-Seidenstraßen-Initiative" etwa sei vor allem ein großer Propaganda-Schirm, so Kostka, mit dem das Land seine Machtansprüche illustriere. Die geopolitisch herausragende Rolle, die China heute für sich in Anspruch nimmt, wird von Xi dabei auch mit Verweis auf die historische Bedeutung seines Landes illustriert.

Sein Nationalismus ist dabei stärker als früher auch ethnisch gefärbt. „Diskurse, die einen Vorrang von Han-Chinesen gegenüber anderen chinesischen Volksgruppen behaupten, haben zugenommen", sagt Mühlhahn. Zwar hat es im multiethnischen und multikulturellen China schon immer vielfältige Spannungen gegeben. Eine derart aggressive Politik, wie Peking sie in der Provinz Xinjiang gegenüber den Uiguren praktiziert, wäre aber unter Xis Vorgängern nicht möglich gewesen, meint Kostka.

Antiwestliche Rhetorik

Auch die Abgrenzungsrhetorik gegenüber dem politischen und soziokulturellen Liberalismus des Westens hat sich in Xis China verstärkt. „Xi sieht die liberalen Demokratien des Westens als im Niedergang begriffen", sagt Mühlhahn. Trotz offizieller Bekenntnisse zu einer multipolaren Weltordnung gehe Xi wohl davon aus, dass die globale Führungsfrage in einem sich zuspitzenden Konflikt zwischen China und den USA entschieden werde. Der „überragende Führer" hat also nicht nur seine eigene Macht intensiviert – er hat auch die antiwestliche Rhetorik verschärft.

Dabei müsse man allerdings festhalten, dass China aus historischen Gründen schon lange tendenziell gereizt reagiert, wenn es vom Westen moralisch belehrt wird, meint Kostka. So sind die kolonialen Aggressionen des Westens und Japans, unter denen das Land im 19. und 20. Jahrhundert zu leiden hatte, im kollektiven Bewusstsein der Chinesen tief verankert. Auch der koloniale Blick von Europäern und Japanern, der China als dauerhaft rückständig sah, als unfähig zur Modernisierung, wirkt nach. Die Erinnerung an die Geschichte der Demütigungen, die mit den Niederlagen in den Opiumkriegen im 19. Jahrhundert begann und sich mit dem japanischen Kolonialismus fortsetzte, dient Xi als Ressource für die Staats-Propaganda. „Die Rede von den Menschenrechten wird dem Westen schlicht nicht abgenommen", sagt Mühlhahn – ein Befund, den Genia Kostka unterstreicht.

Die Samen der antiwestlichen Indoktrination fallen aus historischen Gründen auf einen fruchtbaren Boden. Und doch wirke sie nicht so umfassend, wie westliche Beobachter zuweilen annehmen würden, sagt Mühlhahn. Dass die Chinesen traditionell kollektivistischer orientiert seien als im Westen, das Individuum in ihrer Gesellschaft keine wesentliche Rolle spiele, sei ein Irrglaube. Zwar sei Stabilität für viele Chinesen ein zentraler Wert. Das bedeute aber nicht, dass die Bevölkerung Xi schlichtweg blinden Gehorsam leiste.

Regimekritische Positionen

Auch wenn sich sozialwissenschaftliche Forschung in autoritären Regimen schwierig gestaltet, schätzt Mühlhahn aufgrund von Telefonumfragestudien, dass etwa ein Drittel der chinesischen Bevölkerung zu regimekritischen Positionen tendiert. Eine offene Frage sei allerdings, wie sich die digitalen Überwachungsapparaturen, die den öffentlichen Raum zu einem gigantischen Panoptikum machen, in Zukunft auf die Menschenführung auswirken werden.

Und doch gibt es Zeichen der Hoffnung, wie die jüngsten Proteste gegen die restriktive Null-Covid-Politik. Die noch zu Beginn der Corona-Pandemie plausibel anmutende Erzählung, das autokratische Modell Chinas sei in Sachen Krisenprävention dem Parlamentarismus überlegen, habe massiv an Glaubwürdigkeit verloren, meint Mühlhahn. „Es gibt Anzeichen dafür, dass der implizite Vertrag von Führung und Volk – das Versprechen auf Wachstum gegen den Verzicht auf Bürgerrechte, brüchig wird", sagt Kostka.

Dass der Parteistaat bald kollabiert, ist aber trotzdem sehr unwahrscheinlich. Das Regime hält den Staat mit aller Macht zusammen, die Ein-China-Politik, die Taiwan als unveräußerlichen Teil des chinesischen Reiches erachtet, ist für die Partei auch deshalb so wichtig, weil man sich in Peking vor einem sezessionistischen Flächenbrand fürchtet. Die Einführung umfassender demokratischer Rechte würde China in seinen heutigen Grenzen in Stücke reißen. Und doch gebe es für die oft bemühte These, dass das Land mit seinen 1,4 Milliarden Menschen für die Demokratie schlicht zu groß sei, keine Beweise, sagt Hallerberg. „Ob das klappt, sieht man erst, wenn man es ausprobiert."

Die Serie

*Dieser Text ist der zweite Teil einer vierteiligen, wöchentlich erscheinenden Serie und wurde vom Autor im Rahmen eines journalistischen Stipendiums am Exzellenzcluster „***Contestations oft the Liberal Script***" (SCRIPTS) verfasst. In dem Berliner Forschungsverbund werden die globalen Krisen des liberalen Ordnungsmodells analysiert. „Contestation" bedeutet* **Anfechtung oder Krise**. *Mit dem Begriff „liberal script" bezeichnen die Forscher:innen Gesellschaften, die sich unter anderem auf Basis individueller Selbstbestimmung organisieren.* **In Teil 3 geht es um Russlands Angriff auf den westlichen Liberalismus.**

© Zeljko Dangubic via www.imago-images.de